

## Vorläufige Gedanken zu Corona, Klima und Nachhaltigkeit

Von Werner Glenewinkel & Erhard Treutner<sup>1</sup>

Corona, Klima und Nachhaltigkeit - ein wichtiges Thema, und thematisch völliges Neuland. Wir haben darüber diskutiert und unsere Gedanken dazu formuliert, die wegen der besonderen Situation eben nur „vorläufige“ sein können. Sie sind auch für die Kolumne „Umwelt und Nachhaltigkeit“ ungewöhnlich lang geraten. Auch auf die Gefahr hin, dass wir vielleicht (noch) zu allgemein schreiben und Bekanntes wiederholen, geht es uns um das Verhältnis zwischen Staat, Gesellschaft, Kommunen und Verwaltung einerseits und Umwelt sowie Nachhaltigkeit andererseits. Das Finden eines angemessenen Verhältnisses in der „Nach-Corona-Zeit“ wird eine Herausforderung für uns alle werden.

### I Zustandsbeschreibung

Das Wirtschaften und Arbeiten in Deutschland ist auf allen Ebenen – vom Solo-Betrieb bis zu VW – auf ein notwendiges Erhaltungs-Niveau „heruntergefahren“ und damit in vielen Fällen zum Erliegen gekommen. Selbst „Defender 2020“, die größte

<sup>1</sup> Dr. Werner Glenewinkel ist Jurist und Mediator. Er war bis 2010 Dozent für Verfassungsrecht an der FHÖV NRW (jetzt HSPV NRW). Herausgeber mit Erhard Treutner von: Kommunalen Umwelt- und Klimaschutz – Chancen nachhaltiger Entwicklung. Grüne Reihe der FHÖV NRW, Band 31 (2010). Dr. Erhard Treutner ist Soziologe und Jurist. Er war bis 2009 Professor für Soziologie an der FHÖV NRW und ist seit etwa 20 Jahren in Theorie und Praxis engagiert für nachhaltige Entwicklung. Seit fast 10 Jahren schreiben beide Autoren eine Kolumne im Newsletter der HSPV NRW zu den Themen Nachhaltigkeit und Umwelt.

Militärübung seit dem 2. Weltkrieg in Europa, ist wegen Corona abgesagt worden. Das gesellschaftliche Leben wird von Kontaktsperren und „sozialer Distanz“ bestimmt und muss sich mit neuen Aufgaben – von Schulunterricht bis Home-Office – vertraut machen. Der Verkehr – insbesondere der Luftverkehr – hat sich sehr verringert, Videokonferenzen ersetzen Treffen, zu denen die Teilnehmer sonst per Flugzeug anreisen etc. Der politische Betrieb im Bund und in den Ländern zeigt, wie flexibel Vorschriften, Regeln, Überzeugungen und Versprechen gehandhabt werden können – wenn die PolitikerInnen über Parteigrenzen hinweg das wollen.

### II Neuland für alle

Eine solche Situation war bis Mitte März 2020 nicht vorstellbar. Sie ist in der Geschichte der Bundesrepublik neu und somit ohne Handlungsvorbilder.

Erinnerungen an die beiden autofreien Sonntage in den 1970er Jahren können allenfalls das bekannte Gefühl von der Erstmaligkeit eines Ereignisses wachrufen. Die Katastrophe von Tschernobyl 1986 kann bei denjenigen, die sie erlebt haben, an die länger andauernde Unsicherheit und das Gefühl der Ohnmacht erinnern. Selbst beide Erinnerungen zusammen reichen nicht, um die jetzige Situation in ihrem Ausmaß ausreichend begreifen zu können.

Diese neue Situation macht deutlich, was sich an gesellschaftlichen Strukturen, Orientierungen und Institutionen auch unter großer Belastung bewährt und was von ihnen langfristig bestandskräftig,

besonders wichtig und nachhaltig ist bzw. was auch verzichtbar ist. Als besonders wichtig erweist sich jetzt ein vorausschauend angelegtes, nachhaltiges Gesundheitssystem, ausreichend vorgehaltene Kapazitäten im Pflegebereich und weniger lange Lieferketten etwa bei Medikamenten. Ihre Produktion muss auch in Europa und Deutschland noch ausreichend vorhanden sein. Die Versorgungssicherheit darf nicht der Ökonomisierung geopfert werden und überhaupt darf die gesellschaftliche und staatliche Vorsorge und Infrastruktur aus ökonomischen Gründen nicht zu sehr beschnitten werden. Eine ausreichende Vorsorge für Krisen, aber auch für eine allgemein gut funktionierende Gesellschaft, braucht entsprechende Regeln und Institutionen, vor allem einen leistungsfähigen Staat. Der ist, so zeigt sich jetzt, in der Vergangenheit unter dem Motto „schlanker Staat“ und „privat vor Staat“ zu sehr abgebaut worden.

Als entbehrlicher, als bisher von vielen gedacht, erweist sich vor allem der so umweltschädliche Flugverkehr. In der EU geht die Zahl der Flüge (nach Angaben der EU-Kommission) um ca. 90% zurück. Als flexibler als gedacht haben sich auch einige rechtliche und politische Überzeugungen erwiesen. Neoliberale Elemente des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems und die große Betonung von wirtschaftlicher Freiheit und Wettbewerbsorientierung zu Lasten von gesellschaftlichem Gemeinwohl und Steuerungsbefugnis des Staates verlieren in der Krise an Überzeugungskraft und Gewicht. Ihre destruktive Potenz wird schnell deutlich, wenn der Preis von lebenswichtigen Schutzanzügen, Gesichtsmasken und Desinfektionsmitteln sich in der Krise schlagartig erhöht oder sich Firmen aus ökonomischen Gründen weigern, ihre Produktion um Beatmungsgeräte zu erweitern. Dabei zeigt sich, wie das Beharren auf Eigentums- und Wirtschaftsfreiheit bei Krisen und auch unter Gesichtspunkten von nachhaltigem Handeln völlig dysfunktional sein kann.

### III Pandemie

Diese Pandemie ist ein „dynamisches Geschehen“, so die gängige Beschreibung für: Was heute gilt, kann morgen schon ganz anders sein.

Verständlich, dass „Corona“ alle anderen Themen aus den Schlagzeilen vertrieben hat und den größten Raum in allen Medien einnimmt. Das darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Klima-

wandel ebenfalls noch akut ist, uns und die Erde gefährdet und weiter fortschreitet. Wissenschaftler haben auch einen Zusammenhang zwischen der Erderwärmung und der Zunahme von Epidemien in der Welt festgestellt. Das Robert Koch-Institut hat schon 2018 vor einer neuen Pandemie gewarnt, die durch den Klimawandel begünstigt werde.

### IV Corona-Krise und Nachhaltigkeit

Die Einschränkungen, die wegen der Corona-Krise beschlossen worden sind, haben – wie alles Krisenhaftes - jeweils zwei Seiten. Ein cursorischer Blick auf die drei Bereiche von „Nachhaltigkeit“ (sustainable development) zeitigt folgende Befunde:

Ökologisch: Corona hat es geschafft, dass Industriegebiete in China und Italien – wie Satellitenbilder zeigen – plötzlich frei von Smog sind; dass in den Kanälen von Venedig von kristallklarem Wasser berichtet wird; dass sich das Verkehrsaufkommen insgesamt drastisch reduziert hat – kaum noch Flugverkehr, weniger Kreuzfahrten, freie Autostraßen und mehr RadfahrerInnen – und entsprechend weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen. Deutschland wird laut Bundesumweltministerium angesichts des aktuellen Rückgangs der CO<sub>2</sub>-Emissionen seine Klima-Ziele für das Jahr 2020 erreichen. Gleichzeitig ist Corona aber nicht der Retter des Klimas: Diese Effekte werden nach Beendigung der Corona-Krise zum größten Teil wieder verschwinden, wenn wir nicht zu erhalten versuchen, was möglich ist. Die Klimavorhersagen des Deutschen Wetterdienstes bleiben alarmierend; unser Wasserfuß-Abdruck (von dem direkt und virtuell verbrauchten Wasser) ist immer noch viel zu hoch – sowohl für Produkte als auch für Unternehmen und Länder; der isländische Gletscher Okjökull ist wirklich „tot“; die Zahl der Vögel (und die Biodiversität) geht drastisch (auch in Deutschland) zurück und die Heuschreckenplage in Ostafrika und Pakistan, die in dieser Dimension auch Resultat der Klimaerwärmung ist, könnte große Hungersnöte zur Folge haben.

Ökonomisch: Corona hat es geschafft, dass die Wirtschaft in einem bisher unvorstellbaren Maße geschrumpft ist; dass die Kurse an den Börsen stärker als in der Lehmann-Krise eingebrochen sind; dass das Brutto-Sozial-Produkt in Geld messbare Verluste in Milliarden-Höhe erfährt; dass Millionen Menschen ihren Job verlieren oder auf Kurzarbeit gesetzt werden; dass vor allem kleine Unternehmen,

Start-Ups in Kultur und Medien zusammenbrechen und der Konsum-Alltag in den Städten fast auf Null geschaltet worden ist. Gleichzeitig ist klar, dass der Kapitalismus von Corona nicht besiegt worden ist, sondern sich vor der globalen Infektionsgefahr zurück zieht und weiß, dass die Grenzen für die Menschen dicht gemacht werden können, aber nicht für den Waren- und Kapitalverkehr.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass die geplanten Finanzhilfen (von über 600 Milliarden Euro) für die Wirtschaft, die Bundesminister Scholz als „Bazooka“ bezeichnet hat, Klima- und Umweltanforderungen berücksichtigen, dass sozusagen mit einer „Grünen Bazooka“ operiert wird (so B. Pötter in der taz vom 25.03.2020). Der UN-Generalsekretär ruft dazu auf, bei den Bemühungen um die Erholung der Wirtschaft die UN-Ziele für Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu berücksichtigen und der Chef der Internationalen Energieagentur (IEA), Fatih Birol, weist darauf hin, man habe jetzt eine historische Chance, dabei schmutzige Investitionen zu reduzieren und die Energiewende zu beschleunigen (<https://www.iea.org/commentaries/put-clean-energy-at-the-heart-of-stimulus-plans-to-counter-the-coronavirus-crisis>). Der neue Chef des Umweltbundesamtes (UBA), Dirk Messner, fordert im gleichen Sinne, Konjunkturpakete müssten „grün“ sein und den Klimaschutz voranbringen, etwa durch Förderung der Infrastruktur für E-Autos, der ökologischen Gebäudesanierung und mehr Energieeffizienz in der Industrie. Wichtig wäre auch, Investitionen in die notwendige Verkehrswende zu leiten und in den Ausbau erneuerbarer Energien.

Sozial: Corona hat es geschafft - ungeachtet aller digitalen Kommunikationsmöglichkeiten - den Menschen weltweit den Wert von sozialen Beziehungen nahe zu bringen. Großeltern, Eltern und Kinder spüren das im Alltag; alle Berufstätigen erleben diese Einschränkungen in ihren Berufen; manche soziale, helfende und für Sicherheit sorgende Berufe können auf die Gesundheitsrisiken nur bedingt Rücksicht nehmen. Gleichzeitig bleiben auch in dieser besonderen Ausnahme-situation die Unterschiede zwischen Arm und Reich sichtbar; zwischen dem Obdachlosen und dem mit einem sicheren Zuhause; zwischen den Flüchtlingen in den Lagern und den EU-BürgerInnen; zwischen den Industrie-Ländern und denen, in denen Krieg bzw. Hunger bzw. Mangel an Infrastruktur herrscht.

## V Die Rolle „der“ Wissenschaft

Die Bewältigung der Corona-Krise können wir nur schaffen, weil sich alle Politiker – in Deutschland, Europa, weltweit – entschieden haben, der Wissenschaft zu glauben, besser: einem Bereich der Wissenschaft, nämlich der Virologie und Epidemiologie ohne Einschränkungen zu vertrauen und ihre Entscheidungen an deren Vorgaben zu orientieren. Lassen wir einmal gewisse Uneinigkeiten unter Virologen und Epidemiologen beiseite, denn natürlich sind auch in der Wissenschaft unterschiedliche Meinungen, Forschungsergebnisse und deren Interpretation unvermeidlich. Besonders interessant ist die Frage, warum die Politiker der Wissenschaft in Sachen Klimawandel dieses Vertrauen bisher nicht entgegen gebracht haben; sondern im Gegenteil die wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Klimawandel seit 50 Jahre nachlässig behandeln, zum Teil auch anzweifeln, oder sogar leugnen. Darauf gibt es wohl noch keine verlässliche Antwort, allenfalls eine Vermutung: Der Klimawandel bedroht nicht alle Menschen gleich; es gibt Möglichkeiten, sich den Folgen – zumindest noch für eine begrenzte Zeit – zu entziehen. Das Virus Corona kann alle Menschen individuell treffen.

## VI Was werden wir lernen?

Wie wird die Welt nach Corona aussehen? Was werden wir lernen? Wird es ein Zurück zum gewohnten Alltag geben können oder gibt es Nachwirkungen in die eine Richtung (z.B. mehr Entschleunigung, mehr Wertschätzung von Freizeit und Kontakten) oder in die andere (z.B. Nachholen von allem Versäumten: mehr reisen und mehr konsumieren und mehr verbrauchen)? Werden die gestiegene Hilfsbereitschaft und die hohe Bereitschaft, auf die Schwachen und Gefährdeten Rücksicht zu nehmen, sich ein wenig auch in Alltagssituationen erhalten? Ist ein Teil der Bevölkerung insofern sensibler geworden? Gegenüber den Schwachen des Arbeitsmarktes oder sog. Randgruppen und Diskriminierten? Werden die rechtlichen Einschränkungen, insbesondere der Grundrechte, wirklich wieder aufgehoben oder ist die Versuchung für manche Politiker zu groß, die Corona-Einschränkungen beizubehalten? Werden wir verstehen, dass es ohne Gesundheit keine funktionierende Wirtschaft geben kann oder wird die Privatisierung der Gesundheitssysteme weitergehen?

Jedenfalls müssen wir in der Zeit danach die richtigen Schlüsse aus der Krise ziehen. Vielleicht brauchen wir – wie Eva Illouz in der SZ (24.3.2020) schreibt – einen neuen Gesellschaftsvertrag, in dem der „Bluff des Neoliberalismus beim Namen genannt“ wird und das öffentliche Interesse wieder an erster Stelle der Politik stehen muss; weil die Welt unwiderruflich verflochten ist, werden wir eine „internationale Kooperation neuer Art brauchen“, schreibt Illouz und meint: „Und vor allem werden wir den gewaltigen Reichtum, den private Akteure angehäuft haben, in öffentliche Güter reinvestieren müssen. Das wird die Voraussetzung dafür sein, dass wir noch eine Welt haben.“

Witten, 11. April 2020

Institut Verwaltung im Wandel  
Meesmannstraße 8  
D - 58456 Witten  
fon 02302- 27 77 00

[www.viwa.nrw](http://www.viwa.nrw)